

Die „Vollstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil sowie
für die Rubrik „Zur Sozialfrage“
verantwortlich:
Carl Bantau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt 1.

Vollstimme

Prämienrondo gabläver
Abonnementpreis:
Stückzahl inkl. Fringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
erh. Bestellgeb.,
Einzelnr. Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zettungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 113

Magdeburg, Donnerstag, den 16. Mai 1895.

6. Jahrgang.

Bahn frei!

Die Umsturzvorlage ist tot, es lebe die Umsturzvorlage — die Umsturzvorlage ist tot, es lebe das Sozialistengesetz. Wie dem Volk ein Regierungsbeamter mitgeteilt, sei durch den Fall der Umsturzvorlage die Bahn frei geworden für ein Sozialistengesetz. Damit ist die Absicht der leitenden Kreise gekennzeichnet — unsere Warnungen kamen also zur rechten Zeit.

Während im Sommer vergangenen Jahres die Nationalliberalen nach Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsturzes gerufen, sind es jetzt, nachdem die Mittelparteien Schiffbruch gelitten, die Konservativen, welche die Värmtrommel für ein Sozialistengesetz rühren und sonach die Regierung in ihrem Bestreben unterstützen — entweder: Sozialistengesetz oder Staatsstreich. Ein anderes Mittel giebt es nicht, das Ansehen der Regierung zu wahren, ihre Autorität zu stärken. Wenn Bebel in einer der letzten Sitzungen bereits hervorgehoben hatte, daß das neue Sozialistengesetz schärfere Bestimmungen enthalten müsse als das selig entschlafene Sozialistengesetz, so hat sich Bebel nicht getrrt.

Wer in einem monarchischen Staate die Republik öffentlich und programmäßig als sein Ideal erklärt, wer den Atheismus lehrt, mit der Eigentumsordnung tabularasa machen will, der stellt sich nach der Kreuzzeitung außerhalb der Schranken, welche der Staatsbürger, so lange er auf den Schutz der Gesetze Anspruch macht, nicht überschreiten darf, und muß demgemäß behandelt werden. Die Kreuzzeitung will also vor allem die Agitatoren treffen, sie macht auch positive Vorschläge. Das Crispische Schandgesetz ist das Ideal der Kreuzzeitung; die Diktatur hat in Italien die „leitenden Personen“ interniert oder verbannt und die sozialistische Agitation lahm gelegt. **Ähnliche Bestimmungen würden auch bei uns ganz sicher wirken.** Ob Neigung vorhanden ist in diesem Sinne vorzugehen, weiß die Kreuzzeitung nicht, schreibt aber, daß die Regierung, wenn sie die unzweifelhaft erlittene Schlappe wieder gut machen will, früher oder später **solche Wege** wird betreten müssen.

Eine „energische Behandlung aller Agitation der Unzufriedenheit“ verlangt auch der Reichsbote. Und die Deutsche Tages-Zeitung, das Organ der notleidenden Junker, will die Regierung nicht im Stich lassen, sobald sie den „Umsturzbestrebungen scharf zu Leibe geht.“ Der Mittelstand, der durch eine Reformarbeit im großen Stille aufgeholfen werden soll, würde sich als die getreueste Stütze der Regierung erweisen. Unerlässlich nötig ist ein **schärferes Vorgehen** gegen die bewußten Gegner des monarchischen Staates, der christlichen Sitte, der Gottesordnung. Der ruhige Bürger, der Bauer draußen fordern mehr Ernst, mehr Strenge, mehr Kraft und Entschiedenheit gegen die haberefüllten Hezer, die das Gesinde im Hofe, und die Gehilfen in der Werkstatt **auswiegeln**, die eingeständenermaßen die Aufreidung des Mittelstandes beschleunigen und betreiben, die, wo sie sich als Herren der Lage fühlen und aufspielen, mit dem verruchten Kampfmittel des Vernarfs (Boycotts) die Gegner wirtschaftlich vernichten. — Hier finden wir rund und nett unsere gestern ausgesprochene Behauptung bestätigt, die Umsturzvorlage war ein Gesetz zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung, ein Gesetz zum Schutze des Kapitalismus und das Sozialistengesetz soll sein: ein Schutzmittel für den Kapitalismus, ein Knebel für die Arbeiter. Merken unsere Leser aus welchem Lohche der Wind pfeift.

Das Agrarierblatt, welches selbstredend von einer „maßlosen“ Agitation der agrarischen „Hezer“ kein Wort zu sagen weiß, auch völlig verschweigt die wenig königstreue Gesinnung, die diese Herren an den Tag legten, als der Kaiser ihnen nicht zu willien war, die mit dem Uebertritt zur Sozialdemokratie drohten, wenn ihnen nicht recht bald die Taschen gefüllt würden, dasselbe Agrarierblatt kann gar nicht ruhig abwarten, bis die Regierung sich über künftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsturzes entschlossen. Es feuert die Regierung zum kräftigen, energischen Vorgehen an: „... Mit schlapper, markloser, unsicher tastender Halbheit ist nichts gethan. Die Angst vor einem sogenannten Ausnahmegefetze ist thöricht, weibisch, greisenhaft. Wer offenkundig und zugeständenermaßen die Grundlagen der staatlichen Verfassung, besonders die Monarchie, bekämpft, der stellt sich selbst unter ein Ausnahmegefetz.“

Und wenn dieser Reichstag, der seine „absolute Unfähigkeit zu dem gesetzgeberischen Schaffen“ bewiesen hat, ein Ausnahmegefetz gegen die Sozialdemokraten ablehnen soll, so bleibt der Reichsregierung kein anderes Mittel als Reichstagsauflösung oder Staatsstreich. Da aber nach Auflösung des Reichstags „die Stärkung des Radika-

lismus“ unausbleiblich ist, wird der Staatsstreich vorgezogen. Das führende Organ der konservativen Schlesiens kommt der Deutschen Tageszeitung zu Hilfe: Die Regierung wird mit Notwendigkeit vor die Frage gestellt werden, ob sie sich über einzelne Bestimmungen aus der von niemand beschworenen Verfassung hinwegsetzen will. Entschidet sich hierfür die Regierung, so ist für sie die **Beseitigung des bestehenden Reichstagswahlrechts von selbst geboten.** Und zwar könnte, da die Erlangung einer zur Abänderung des bestehenden Wahlmodus bereiten Reichstagsmehrheit auf Grund von Neuwahlen völlig aussichtslos erscheint, diese absolut unabweisbare Abänderung des Wahlrechts vorausichtlich nur auf einem anderen als dem durch die Verfassung vorgesehenen Wege erfolgen. — Das ist eine Aufforderung zum Hochverrat und Staatsstreich, wie sie naechter nicht zu Tage treten kann.

Die Einzelstaaten — so ungefähr schildert die Schles. Zeitung die Entwicklung der Sache — müßten das Reich und damit auch den Reichstag aufheben und gegen Proteste und Resolutionen des Reichstages antworten, daß derselbe zugleich mit dem Reiche aufgehört habe, zu existieren. Hat aber das Reich nur auf eine Stunde aufgehört, zu existieren, so können sich die früheren Glieder desselben (Bundesstaaten), die doch zu bestehen fortfahren, in der nächsten Stunde zu einem neuen Bunde vereinigen. **Und daß in diesem neuen Bunde für das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht Platz sein würde, erscheint zweifelhaft.**

Und gegenüber solchen auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinielenden Erklärungen, verlangen die wahren Umstürzler eine Erklärung, wie wir uns einer gewaltsamen Aenderung der bestehenden Staatsordnung gegenüber verhalten. Bereits am Sonnabend sagte Bebel im Reichstage: Was sollen wir denn erklären, in einer Zeit, wo von allen Dächern die Späßen herunterpfeifen, daß der Staatsstreich notwendig sei, der Bruch des Gesetzes, die Anwendung der Gewalt — von oben! Wenn so der Vertrag zwischen Regierung und Volk in dieser brutalen Weise gebrochen wird, dann ist auch die andere Seite ihrer Rechten und Pflichten vollständig frei, sie kann handeln wie sie mag. Dann trifft aber die Verantwortung jene, die solche Zustände mit Absicht heraufbeschwören.

Recht hat Pfarrer Köhlsche-Sangerhausen in einer dem Abg. Stumm gewidmeten Broschüre: An alle Revolutionen sind die Schuldigen die herrschenden Klassen gewesen, die von ihren Vorrechten nicht lassen wollen. Und es gewinnt den Anschein, daß auch diesmal die herrschenden Klassen zu einer Revolution treiben. Unsere Stellung hierzu ist gestern klargelegt worden — wir haben dem nichts hinzuzufügen. Wir dürfen auf die Vorbeeren, die wir uns am Sonnabend erkämpft, nicht ausruhen; wir müssen gerüstet den kommenden Gefahren entgegensehen; wir müssen wachen, damit man uns nicht überumpelt. In der raschlebenden Zeit, bei der Unsicherheit, die in leitenden Kreisen obwaltet, weiß heute niemand, was morgen kommt. Die Ereignisse können plötzlich über uns hereinbrechen — schneller als wir ahnen. Darum mit frischem Mute das Anflärungswerk weiter betrieben — organisiert und agitiert; das arbeitende Volk vertraut gemacht mit dem, was seine Widersacher beschließen. —

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Die Vossische Zeitung zweifelt nicht daran, daß im Schoße der Regierung der Kampf erwogen wird, in der nächsten Tagung einen neuen Entwurf vorzulegen, vielleicht in veränderter Form, vielleicht in der Form des bankrott gewordenen Sozialistengesetzes. Eine solche Vorlage würde aber scheitern aus denselben Gründen, aus denen im Jahre 1889 die Verlängerung des Sozialistengesetzes und vor einigen Tagen die Umsturzvorlage scheiterte. Die Regierung müßte dann einen Schritt weiter gehen und **den Reichstag auflösen.** Die Neuwahl würde aber gerade die Opposition stärken. Und wenn der neue Reichstag die Vorlage gleichfalls ablehnt, bliebe der Reichsregierung kein anderes Mittel, als das allgemeine Wahlrecht **anzuheben** — aber nur auf dem Wege des **Staatsstreichs**, des ungeheuerlichen **Verfassungsbruchs.** Die Folgen dieses Gedankens auszuführen, sträubt sich die Vossische Zeitung, welche die Regierung von den vorbereiteten Schritten abmahnt.

Um der „sozial-revolutionären Bewegung“ entgegenzutreten, soll die Regierung einmal einige Jahre die Sozialdemokratie ruhig gewähren lassen, mit Aufmerksamkeit den Diskussionen zuhören, die sie in ihrem eigenen Schoße pflegen und möglichst wenige Märtyrer schaffen, die auf ein paar Monate in das Gefängnis gehen. Bei allgemeinen Wahlen könnte es die Sozialdemokratie

höchstens auf 80 Mandate bringen, dagegen hätte die Sozialdemokratie alles zu hoffen von einem Staatsstreich.

Die Vossische Zeitung spekuliert auf die Uneinigkeit in den Reihen der Sozialdemokratie und weist auf die Gegensätze zwischen Bebel und Vollmar und Bebel-Begien hin. Die Auseinandersetzung zwischen diesen Dreien gestört, die Bebel, Vollmar und Begien wieder zu einer einheitlichen Masse zusammenschmiebet zu haben, das sei das Verdienst derer, welche die Vorlage eingereicht und ausgearbeitet haben.

Wie wenig doch die Vossische Zeitung aus der Vergangenheit gelernt hat. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie sind stets zum Austrag gekommen und werden auch ferner nicht vermieden werden können. Eine Partei, welche auf dem Boden der Tatsachen steht, ihre Taktik den obwaltenden Verhältnissen anpaßt, bemüht ist, jedes autokratische Regiment zu unterdrücken, sich der Selbstkritik unterwirft, kann nicht innerlich zerfallen, da jede Kritik, die Beseitigung auftretender Uebel, nur läuternd und klärend wirkt. Es wird keine Partei Bebel, keine Partei Vollmar oder Begien, sondern nur eine geeinte Sozialdemokratie geben, die auf einem gemeinsamen Boden operiert.

So wenig es der Reaktion gelingen wird, die Sozialdemokratie durch ein Ausnahmegefetz zu unterdrücken, so wenig es der Reaktion gelingen wird, der sozialistischen Bewegung durch einen Staatsstreich Herr zu werden, so falsch sind auch die Argumente der Vossischen Zeitung: die Sozialdemokratie durch Zerfall in den eigenen Reihen zur Auflösung zu bringen.

Die oft totgesagte und oft als innerlich zerfallen hingestellte Sozialdemokratie lebt, gedeiht und zieht immer weitere Kreise. Der Sozialismus ist und bleibt der Fels, an dem die bürgerlichen Parteien sich die Köpfe zerschellen werden. Aus unserer Ruhe und Entschlossenheit bringt uns weder das Geschrei nach einem Ausnahmegefetze noch der Wunsch und das heiße Verlangen der Vossischen Zeitung. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Den **Staatsstreichern** sagt die Vossische Zeitung folgendes: **Wer das Reichstagswahlrecht durch einen Staatsstreich beseitigen will, giebt den Regierungen und Völkern das Recht, auf demselben Wege das Kaiserthum der Hohenzollern zu beseitigen.** Wir haben dem nichts hinzuzufügen. —

Kaltes Blut ist Trumpf! Die Leipziger Volkszeitung schreibt: Hochgespannt sind die Spannungszustände der sozialen und politischen Atmosphäre, und die Feinde der Freiheit werden nicht unterlassen, was die Massen herausfordern könnte. Die Sozialdemokratie wird sich nicht provozieren lassen, wird sie doch auf legalem Wege „dick und fett“. —

Es lebe die Umsturzgekämpfung! Das Hamburger Echo schreibt: Was nun kommen wird? Wir sehen dem mit derselben Ruhe entgegen, die wir bisher der Umsturzvorlage gegenüber bewahrt haben. Was die Reaktion auch unternehmen mag, der weltgeschichtlichen, die Erde umspannenden Bewegung des Sozialismus wird sie nicht Herr werden. Alle Versuche dieser Art dienen, wie der blamable Ausgang der Umsturzkampagne beweist, nur uns zum Vorteil. Niemand hat es eine glänzendere Gelegenheit gegeben, die bürgerlichen Parteien so in ihrer ganzen heillosen Verwirrung zu zeigen, wie in der jüngsten Zeit bei den Umsturzdebatten. Darum rufen wir von ganzem Herzen: **„Es lebe die Umsturzgekämpfung!“**

Der Geist des Umsturzgefetzes. Auf die unwillkürlich allen politischen Kreisen sich aufdrängende Frage: Was nun? wird nach dem Echo ohne Zweifel Minister v. Köller die Antwort geben. Wir kennen dieselbe schon; sie lautet: rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie auch ohne „Umsturzgefetz“ auf Grund zweckentsprechender **Auslegung** und Handhabung der bestehenden Gesetze. Darauf mögen unsere Genossen in Preußen sich einrichten. Soweit die Macht und der Einfluß der preussischen Regierung reicht, wird sie auf Polizei und Justiz einwirken, daß dieselben eine Präzis im Sinne und im Geiste der vernichteten Umsturzvorlage entfalten. Die Sozialdemokratie wird sich auch damit abzufinden wissen. —

Zur Rechtsprechung in Preußen. In der Sitzung des Reichstages vom letzten Donnerstag wurde auch ein merkwürdiges Vorkommnis am Breslauer Oberlandesgericht erwähnt, das im Januar dieses Jahres ausführlicher besprochen wurde. Die Breslauer Zeitung bemerkt jetzt zu diesen Ausführungen im Reichstage: „Sowohl der Abg. Bebel, der auf dieses Vorkommnis zuerst hinwies, als Justizminister Schönf., der in seiner Erwiderung darauf Bezug nahm, begingen einen Irr-

England. Das Unterhaus nahm mit 192 gegen 173 Stimmen die Entstaatlichung der Kirche in Wales an.

Eingefandt.

(An die Mitglieder der Tischler-Junungs-Krankenkasse.) Kollegen! Wie Ihr wißt, findet Freitag, den 17. d. M. in dem...

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Am Sonntag fand in „Grafs Garten“ eine Delegierten-Versammlung des Bundes...

Ausflug nach dem Herrenkrug, und trafen nach Ablauf dieser Zeit wieder im Versammlungslöfale ein, woselbst ein Kommerz mit Damen unter...

Im Herbst 1897 begeht die Freie Religions-Gesellschaft zu Magdeburg die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Am 29. November 1847 von 121 vorher aus der evangelischen Landeskirche ausgegetretenen Männern und Frauen unter dem Namen „Freie christliche Gemeinde“ begründet...

Donnerstag, den 16. Mai:

Berein für vegetarische Lebensweise und arzneilose Heilkunst. Abends 8 Uhr Versammlung in der „Pomona“.

Freitag, den 17. Mai: Freie Religions-Gesellschaft Fernersleben, Calbe, Bitterfelden. Jeden Dienstag und Freitag, nachm. 8 1/2 Uhr, Unterricht der Kinder beim...

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand (über/unter Null), and other details for various locations like Sudweis, Prag, Jungbunzlau, etc.

Umsturz-Broschüre!

Die stenographischen Berichte der Verhandlungen über die Umsturzvorlage im Reichstage werden mit Heft 3 der Broschüre: Umsturz und Sozialdemokratie fortgesetzt.

Buchhandlung der Volksstimme.

Advertisement for 'Eine Sparkasse' (A Savings Bank) featuring a large graphic of a coffee cup and text describing the benefits of the product.

Advertisement for 'Die erste Grasbutter' (The first Butter) by A. H. Völker, located at Große Steinmetzstraße 10b, featuring a list of products and prices.

Advertisement for 'F. E. Bilz' (F. E. Bilz) featuring a list of services, prices, and contact information.

Advertisement for 'Bazar-Magdeburg' (Bazaar-Magdeburg) featuring a list of goods and prices.

Advertisement for 'A. Mook's' (A. Mook's) featuring a list of furniture and prices.

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) featuring a list of services and prices.

Geburten: Friedrich, S. des Kellers Hugo Mohr, Johanne, T. des Schuhm. Rudolf Arendt, Paul, S. des Pantoffelmachers Paul Hülshel, Werner, S. des Lehrers Karl Mühs, etc.

Sudenburg, den 14. Mai: Heirat: Majhaini Adolf Andr. Gottfried Wagener mit Witwe Kregmäh, Anna Wilhelmine geb. Lucas hier.

Geburten: Julius, S. des Malers Julius Anshann, Toni, S. des Schlossers Wihl Beder, Johann, S. des Arbeiters Stanislaus Wachs, Max, S. des Arb. Wilhelm Merker.

Der nachstehende Gemeindefestbeschluss wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Magdeburg, den 6. Mai 1895.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg.

Gemeindefestbeschluss

betreffend die Erhebung einer Gemeinde-Einkommensteuer im Bezirk der Stadt Magdeburg.

§ 1. Neuanziehende werden, auch wenn sie in der Gemeinde keinen Wohnsitz haben, gleich den übrigen Gemeindefestbewohnern zur Steuer herangezogen, sofern ihr Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt.

Advertisement for 'Zwei halbwüchs. Schweine' (Two half-grown pigs) and other goods.

Advertisement for 'Größtes Hausbedarfs!' (Largest household goods!) featuring a list of items and prices.

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) featuring a list of services and prices.

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) featuring a list of services and prices.

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) featuring a list of services and prices.

